



## Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union**

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für die europäische Automobilindustrie COM(2025) 95 final BR-Drs. 129/25**

**Verfahren gemäß § 83c BayLTGeschO**

1. Der Ausschuss hat in seiner 31. Sitzung am 15. Juli 2025 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags zur Mitteilung erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, die Mitteilung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung zu überweisen (§ 83c Abs. 1 BayLTGeschO).

### **Begründung:**

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Mitteilung](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Die bayerische Automobil- und Zulieferindustrie trägt signifikant zur Wirtschaftskraft Bayerns bei. Die Transformation zu emissionsfreien Antrieben (E-Mobilität und Wasserstoff) und zunehmende Digitalisierung der Fahrzeuge stellt die Branche vor große Herausforderungen. Des Weiteren wird die Wettbewerbsfähigkeit durch politische Rahmenbedingungen (Verbrennerverbot, CO<sub>2</sub>-Strafzahlungen, US-Zölle), hohe Lohnkosten sowie stark subventionierte Wettbewerber (v.a. in China) bedroht. Daher ist es erforderlich, die Branche in dieser herausfordernden Zeit zu unterstützen.

Der Aktionsplan für die europäische Automobilindustrie sieht verschiedene Unterstützungsmaßnahmen vor. Hervorzuheben ist dabei insbesondere die Streckung des Zeitraums zur Erreichung der CO<sub>2</sub>-Flottenziele. Dadurch bleiben den Fahrzeugherstellern milliardenschwere Strafzahlungen vorerst erspart, was sich auch positiv auf die in Bayern ebenfalls stark vertretene Zulieferindustrie auswirkt. Auch die Maßnahmen zur Lieferkettenresilienz, E-Ladesäulenausbau und Sicherung des freien Handels sollten für die bayerischen Unternehmen positive Auswirkungen haben.